

18 Rätseln um Sprengstoffexplosion in Urumqi

Am Abend des 8. September ereignete sich in Urumqi, der Hauptstadt der autonomen Region Xinjiangs, eine schwere Sprengstoffexplosion, bei der nach offiziellen Angaben 60 Personen getötet und über 170 Personen verletzt wurden. Das Ereignis war Anlass für zahlreiche Spekulationen über einen eventuellen Terrorakt, was jedoch von offizieller Seite umgehend dementiert wurde. Dennoch verweist das Ereignis auf mehrere Sensibilitäten der politischen Herrschaft in der von Muslimen dominierten Region Xinjiang.

Soweit aus chinesischen und internationalen Meldungen bekannt ist, ereignete sich die Explosion auf einer viel befahrenen Einfallstraße im Westteil der Stadt. Laut offizieller Darstellung handelte es sich um einen Unfall: Militärisches Sprengmaterial, das auf einem Lastwagen zu einer Entsorgungsstelle befördert wurde, soll sich im dichten Straßenverkehr selbst entzündet haben. Dabei seien über zwanzig weitere Fahrzeuge und einige umliegende Gebäude zum Teil erheblich beschädigt worden. Die zentrale Führung sandte sofort Spezialrettungseinheiten sowie Katastrophen- und andere Hilfsdienste aus, und hochrangige Politiker statteten der Stadt Besuche ab, um ihre Betroffenheit zu demonstrieren (China Central TV, 9.9.2000, nach SWB, 11.9.2000; XNA, 9., 10., 11., 13.9.2000).

Mehrere Kommentatoren vermuteten, dass es sich bei der Explosion um einen Anschlag muslimischer Separatisten handeln könnte; in Hongkong wurde etwa eine nicht bestätigte Version verbreitet, wonach der Fahrer eines öffentlichen Busses als Selbstmordattentäter gehandelt habe, indem er den Unfall mit dem Militärfahrzeug provoziert und auf diese Weise mitgeführten Sprengstoff zur Explosion gebracht habe (*Dongxiang*, 2000/9, S.9/10). Auch die internationale Presse formulierte Verdachtsmomente, wonach separatistische Kräfte hinter dem Ereignis vermutet werden könnten. Besonderen Nährstoff erhielten diese Spekulationen durch die Nachricht, dass Ministerpräsident Zhu Rongji, der am 9. September mit ausländischen Gästen zu einem Treffen in Urumqi ver-

abredet war, mit großer Wahrscheinlichkeit bereits am Vorabend in der Stadt verweilte; der vermutete Anschlag hätte damit Zhu Rongji persönlich gegolten haben können, der bereits in der Vergangenheit Attentatsdrohungen muslimischer Separatisten erhalten haben soll. Die Gespräche befassten sich angeblich mit Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Erschließung Xinjiangs, insbesondere auch zur Förderung der reichhaltigen Erdölvorkommen - Themen, die politischen Widerstand aus der Region grundsätzlich durchaus nahe legen (IHT, 11., 13.9.2000; FT, 11.9.2000; NZZ, 11.9.2000; FAZ, 11.9.2000).

Allerdings ist auch zu sehen, dass generell nichts gegen die offizielle Version eines Unfalls beim Transport militärischen Gefahrguts spricht. Angesichts des allgemein bekannten schlechten Zustands des Straßennetzes in China und der zu großen Teilen maroden militärischen Ausrüstungen erscheint ein Unfall der berichteten Größenordnung als durchaus wahrscheinlich. Sollte diese Version daher tatsächlich zutreffen, bürge sie aber aus anderen Gründen politischen Sprengstoff. Denn dann wäre das eigentlich unantastbare Militär, das in der Region überproportional stark vertreten ist, für die Katastrophe verantwortlich zu machen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Umstrukturierung regionaler Forschungsinstitute

In China gibt es über 4.000 Forschungsorgane auf lokaler Ebene, die mit naturwissenschaftlich-technischer Forschung befasst sind. Wie diejenigen Institute, die Organen der Zentralregierung unterstehen (vgl. dazu C.a., 00/8, Ü 16), sollen auch die örtlichen Regierungsstellen zugeordneten Institute umstrukturiert werden. Gut die Hälfte dieser Institute arbeitet anwendungsbezogen. Der größte Teil von ihnen soll bis Ende dieses Jahres in Betriebe umgewandelt werden, Gewinne erwirtschaften und sich somit selbst finanzieren. Die mehr theore-

tische Forschung betreibenden Institute sollen im nächsten Jahr folgen. Auch sie sollen sich dann selbst finanzieren, und zwar dadurch, dass sie ihre Forschungsergebnisse der Gesellschaft gegen Entgelt zur Verfügung stellen. (Vgl. RMRB, 22.9.00, S.5; s.a. XNA, 23.9.00) Ein wichtiger Grund für die Privatisierung der bisher ausschließlich aus öffentlichen Geldern finanzierten Institute liegt darin, dass der allgemeine Nutzen ihrer Forschung relativ gering anzusetzen war. Wie ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums kürzlich erklärte, seien nur etwa 20 Prozent der Forschungsinstitute in der Lage, Innovationen vorzuweisen, die Mehrzahl der Institute sei mit normaler technischer Entwicklung, Popularisierung und Dienstleistungen befasst (XNA, 10.9.00). Von der Einführung von Wettbewerbsmechanismen und der Kommerzialisierung der Forschungsergebnisse erhofft man sich, dass die Forschung an diesen Instituten innovativer wird. -st-

20 Schwerpunkte der Hightech-Forschung

Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie hat elf Bereiche der Hightech-Forschung ausgewählt, die vom Staat besonders unterstützt werden sollen, um die Entwicklung der Hightech-Industrie zu fördern. Die Liste enthält die folgenden Gebiete:

1. Elektronik und Informationstechnologie
2. Biotechnologie und pharmazeutische Industrie
3. Neue Materialien
4. Fortgeschrittene Fertigungstechnologie
5. Raumfahrttechnologie
6. Moderne Agrartechnologie
7. Neue Energien und effektive Technologien zum Energiesparen
8. Umweltschutztechnologie
9. Meerestechnologie
10. Anwendung von Nukleartechnologie
11. Neue Technologien zur Anhebung traditioneller Unternehmen

Die großen Hightech-Unternehmen wurden vom Ministerium angewiesen, mindestens in einem der elf Bereiche Produkte zu entwickeln und herzustellen und dafür mindestens

zehn Prozent ihres Personals bereit-zustellen. Die Hightech-Unternehmen sind vorwiegend in den Hightech-Entwicklungszonen tätig. Bislang hat der Staat 53 solcher Zonen ausgewiesen. In diesen Zonen gelten für die Hightech-Industrie Vorzugsbedingungen. (Vgl. XNA, 7.9.00) Seit einigen Jahren setzt China auf die Entwicklung der Hochtechnologie, um mit ihrer Hilfe die Wirtschaft zu modernisieren und das Land im 21. Jahrhundert als eine der führenden Wissenschaftsnationen zu etablieren. An der Spitze steht die Informationstechnologie, da sie als Schlüssel für die Modernisierung gilt. -st-

21 Zunahme nichtstaatlicher Schulen

Ein wichtiger Bestandteil der seit Mitte der achtziger Jahre eingeleiteten Bildungsreform ist die Zulassung nichtstaatlicher (*minban*) Schulen, d.h. Schulen, die von privater Seite (in chinesischer Diktion von „gesellschaftlichen Kräften“) betrieben werden. Betreiber können Institutionen, Unternehmen, aber auch Privatpersonen sein. Bereits in dem Beschluss zur Bildungsreform von 1985 und im Schulpflichtgesetz von 1986 waren nichtstaatliche Schulen vorgesehen, obwohl seinerzeit noch beträchtliche Vorbehalte in der Gesellschaft gegenüber Privatschulen bestanden. Diese nahmen jedoch seit Beginn der neunziger Jahre einen großen Aufschwung, und im Bildungsgesetz von 1995 sind sie mit ihrer Funktion als wichtige Ergänzung zum regulären staatlichen Schulwesen festgeschrieben.

Kürzlich erschien in der *Volkszeitung* ein Bericht, in dem sich die veränderte Haltung gegenüber den *Minban*-Schulen widerspiegelt. Nichtstaatliche Schulen blühen vor allem in den entwickelten Küstenregionen, denn sie sind teuer, und nur dort gibt es eine gut verdienende Mittelschicht, die ihren Kindern eine kostspielige Schulbildung bieten kann. Die meisten dieser Schulen hat die Provinz Zhejiang zu verzeichnen. Von den gut 50.000 *Minban*-Schulen, die es derzeit in ganz China gibt, liegen allein in Zhejiang über 13.000. Nach Angaben der Bildungsbehörde der Provinz besuchten

im ersten Halbjahr 2000 über 700.000 Kinder und junge Leute eine nichtstaatliche Schule. Den höchsten Anteil an den nichtstaatlichen Schulen hat der Vorschulbereich; hier werden 60 Prozent der Einrichtungen von nichtstaatlicher Seite betrieben. Im Pflichtschulbereich ist der Anteil am niedrigsten: Auf der Grundschulebene besuchen nur 1,06 Prozent und auf der Sekundarstufe I nur 2,17 Prozent aller Schüler eine *Minban*-Schule. Jenseits der neunjährigen Schulpflicht erhöht sich der Anteil wieder, und zwar bei der allgemeinbildenden Sekundarstufe II auf 13,31 und bei der berufsbildenden Sekundarstufe II auf 39,92 Prozent. (RMRB, 1.9.00, S.8)

Auch im tertiären Bildungssektor nehmen nichtstaatliche Schulen eine zunehmend wichtige Stellung ein. Von den genannten 700.000 Schülern und Studenten, die in Zhejiang eine *Minban*-Einrichtung besuchen, entfallen 200.000 auf den Hochschulbereich, also fast ein Drittel. Zur Zeit gibt es in Zhejiang 48 *Minban*-Hochschulen; darunter befinden sich 18 Hochschulen, die in den staatlichen Zulassungsplan aufgenommen und deren Abschlüsse staatlich anerkannt sind. (Ebd.)

Die *Minban*-Schulen unterhalten sich selbst, d.h. sie beschaffen sich ihre Finanzmittel selbst, hauptsächlich durch Schulgeld und Spenden. In Bezug auf die Aufnahme von Schülern und Studenten, die Einstellung des Schulleiters und der Lehrer sowie die Einrichtung von Fächern sind sie selbstständig. In Zhejiang, so heißt es, sei die Ausgangslage dieser Schulen sehr gut, d.h. das Niveau der Lehrer sei hoch, die Ausstattung auf neuestem Stand. Die meisten dieser Schulen sind Internate und umfassen durchgehend Grund- und Mittelschule. Deshalb ist das Schulgeld sehr hoch. In Städten wie Hangzhou, Zhuji, Shaoxing und Ningbo müssen auf einer nichtstaatlichen Grund- und Mittelschule pro Schüler und Schulhalbjahr zwischen 2.500 und 4.000 Yuan an Schulgeld und Unterstützung für den Schulbau gezahlt werden; hinzu kommen zwischen 2.500 und 7.500 Yuan Internatkosten, einschließlich Unterkunft, Verpflegung, Schulkleidung usw. Die Kosten pro Schüler bewegen sich pro Jahr zwischen 8.500 und 16.000 Yuan. Viele Eltern können sich eine derartig teure Ausbildung heutzutage durchaus leis-

ten. Obwohl das Niveau der öffentlichen Schulen in Zhejiang vergleichsweise hoch ist, entscheiden sich viele Familien aufgrund der besseren Bedingungen für eine Privatschule. (Ebd.)

In den ersten Jahren der Bildungsreform wurden die *Minban*-Schulen noch stark beargwöhnt, und zwar vor allem wegen ihrer angeblich unzureichenden Qualität. Dieser Vorwand dürfte in vielen Fällen allerdings nur vorgeschoben gewesen sein, um die ideologischen Vorbehalte zu verdecken. Inzwischen jedoch genießen die Schulen breite Anerkennung und wird gerade ihr hohes Niveau hervorgehoben. Auch in dem vorliegenden Bericht wird darauf hingewiesen, dass sich diese Schulen hervorragend entwickelt hätten, dass gerade an ihnen die Bildungsreform am weitesten vangeschritten sei und ihnen daher vielfach freie Hand gelassen würde, Reformexperimente durchzuführen. Insbesondere im Hinblick auf Qualitätsbildung und Management seien viele von ihnen vorbildlich. Als Vorteil wird auch gewertet, dass die *Minban*-Schulen viel unmittelbarer und effektiver der Kontrolle durch die Gesellschaft unterliegen. Wenn Schüler und Eltern nicht zufrieden seien, könnten sie die Schule wechseln. Deshalb stünden die nichtstaatlichen Schulen untereinander, aber auch mit den staatlichen Schulen im Wettbewerb um die besten Lehrer und um Qualitätssteigerung. (Ebd.)

Der Bericht lässt deutlich den allgemeinen Trend erkennen, dass Privatschulen aus ihrem Schattendasein heraustreten und mittlerweile einen hervorragenden Ruf genießen. Ihr vielfach hohes Niveau wird anerkannt und darüber hinaus wird ihnen nicht selten eine Vorreiterfunktion in der Bildungsreform zugeschrieben. Dabei scheint ihnen das negative Image, das früher mit der Bezeichnung *minban* verbunden war, heute nicht mehr anzuhängen. Bis weit in die achtziger Jahre hinein wurde der Begriff nämlich im Rahmen des alten Schulsystems für Schulen verwendet, die von den ländlichen Kollektiven betrieben wurden. Diese Schulen von äußerst niedrigem Niveau, die größtenteils weder über ausgebildete Lehrer noch über eine halbwegs hinreichende Ausstattung verfügten, sind heute außer in den Armutsgebieten, wo sie teilwei-

se noch anzutreffen sind, weitgehend verschwunden. Die heutigen *Minban*-Schulen scheinen demgegenüber mehr und mehr zu einer Herausforderung für die staatlichen Schulen zu werden, sofern diese keine Schwerpunktschulen sind. Lediglich im tertiären Bildungssektor sieht es etwas anders aus: Hier kann sich noch keine nichtstaatliche Universität mit den guten staatlichen Universitäten messen. -st-

22 Zwanzig Jahre Ein-Kind-Familie

Ende September 2000 erinnerte die *Volkszeitung* in einem Leitartikel daran, dass die Ein-Kind-Politik vor zwanzig Jahren ins Leben gerufen wurde. Seinerzeit hatte das ZK der KPCh in einem offenen Brief alle Parteimitglieder und alle Mitglieder der Kommunistischen Jugendliga aufgefordert, sich unter dem Motto „Ein Kind pro Ehepaar“ an die Spitze der Bewegung zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums zu stellen. Dieser offene Brief und der 1991 vom ZK und Staatsrat erlassene „Beschluss über die Intensivierung der Geburtenplanungsarbeit und die strikte Beschränkung des Bevölkerungswachstums“ sowie im Mai dieses Jahres der „Beschluss des ZK und Staatsrats über die Intensivierung der Bevölkerungs- und Geburtenplanungsarbeit und die Stabilisierung des niedrigen Geburtenniveaus“ hätten dazu geführt, dass die zusammengefasste Geburtenziffer pro Frau unter das Niveau der Ersetzung gesunken sei, heißt es in dem Artikel. Die natürliche Zuwachsrates der Bevölkerung sei auf 10 Promille gesunken; damit zähle China bereits zu den Ländern mit niedrigem Geburtenniveau. Es wird betont, dass China das erste Entwicklungsland sei, das dieses Ziel erreicht habe. Durch die Eindämmung des Bevölkerungswachstums hätten sich nicht nur die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in China verbessert, sondern habe China auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Weltbevölkerung geleistet.

Dennoch wird davor gewarnt, die Zügel zu lockern, denn verschiedene Faktoren könnten die Geburtenplanungspolitik beeinträchtigen und wieder zu einer höheren Geburtenrate führen. Aufgrund der hohen Ausgangsbasis

werde die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen, jährlich um 10 Millionen, bis sie den Gipfel von 1,6 Milliarden erreiche. Eine so hohe Bevölkerungszahl bedeute einen ungeheuren Druck auf die Beschäftigungslage und die Umwelt. Deshalb bleibe die Geburtenplanung als langfristige Aufgabe bestehen. (RMRB, 25.9.00)

Zum zwanzigjährigen Jubiläum der Ein-Kind-Politik wurden auch die Ergebnisse einer von der Chinesischen Stiftung für Sozialwissenschaften unterstützten Studie bekannt, in der die materiellen Erfolge der Geburtenplanung untersucht wurden. Die Studie belegt, dass die wirksame Eindämmung des Bevölkerungswachstums die Modernisierung und die nachhaltige Entwicklung günstig beeinflusst haben. So hätten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien aufgrund der Geburtenregelung deutlich verbessert, und der Lebensstandard der Bevölkerung sei gestiegen. Der Anteil der Kleinfamilien von vier Personen und weniger sei von 53,7 Prozent im Jahr 1982 auf heute 76,7 Prozent angestiegen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten seien infolge der Geburtenplanungspolitik 250 Millionen weniger Kinder geboren worden; im statistischen Durchschnitt habe jede Familie 0,74 Kinder weniger gehabt, und das habe Einsparungen von mindestens 14.000 Yuan pro Familie gebracht, gehe man davon aus, dass die Aufzucht eines Kindes von 0 bis 16 Jahre durchschnittlich 19.000 Yuan koste.

Durch diese Politik habe sich darüber hinaus die Situation in Bezug auf Gesundheit und Bildung für Frauen und Kinder verbessert. Der Anteil der Frauen auf dem Lande, die im Krankenhaus entbinden, liege bei Familien, die sich an die Geburtenregelung halten, um 22,3 Prozent höher als bei Familien, die keine Geburtenplanung betreiben. Zudem gingen aus Familien, die sich an die Geburtenplanung halten, 6 Prozent mehr Kinder zur Sekundarstufe I über als Kinder aus Familien ohne Geburtenplanung. Nicht zuletzt habe sich die gesellschaftliche Stellung der Frau durch weniger Kinder verbessert. Bei Frauen mit Geburtenplanung verringere sich der Anteil der Hausarbeit um 18 Prozent gegenüber Frauen ohne Familienplanung. (Vgl. RMRB, 25.9.00, S.5)

Die Regierung ist bestrebt, die materiellen Vorteile der Ein-Kind-Familie hervorzuheben, zumal auf dem Lande, wo die soziale Sicherung noch in den Anfängen steckt, mehrere Kinder gerade aus Versorgungsgründen gewollt werden. In den ländlichen Gebieten Mittel- und vor allem Westchinas ist es nach wie vor schwierig, die staatliche Familienplanungspolitik durchzusetzen. Seit Auflegung des Programms zum Aufbau West wird dieser Frage insbesondere unter den Minderheiten Westchinas große Aufmerksamkeit gewidmet. Bisher wurde die Politik in den Minderheitengebieten lockerer gehandhabt. -st-

23 Aufruf zum fünften Zensus

Im Hinblick auf die für November 2000 angesetzte fünfte nationale Volkszählung haben die Führungsgruppe des Staatsrats für den 5. Zensus, die Staatliche Geburtenplanungskommission, das Staatliche Statistikamt und das Ministerium für öffentliche Sicherheit ein gemeinsames Zirkular erlassen, in dem dazu aufgerufen wird, die Eintragungen bei der fünften nationalen Volkszählung gewissenhaft durchzuführen und Fälschungen zu verhindern. Die Qualität dieser Volkszählung müsse gewährleistet sein, und es müsse verhindert werden, dass es zu Auslassungen und Fälschungen komme. Überzählige Kinder, die in der Vergangenheit nicht angemeldet waren, sollen jetzt vorschriftsmäßig bei der Volkszählung registriert und in die Melderegister eingetragen werden. Kader und andere Personen, die die Geburtenplanung überschritten haben und bereits die Gebühr für außerplanmäßige Kinder gezahlt haben, müssen diese jetzt wahrheitsgemäß angeben und brauchen die Gebühr nicht noch einmal zu bezahlen. Dass es der Regierung ausschließlich um die Ermittlung der tatsächlichen Bevölkerungszahl zu gehen scheint, wird auch daraus deutlich, dass in dem Zirkular ausdrücklich untersagt wird, die Erhebungen im Rahmen der Volkszählung zur Überprüfung zu benutzen, inwieweit die Vorgaben der Geburtenplanung in der Vergangenheit überschritten wurden. Die einzelnen Einheiten und Haushalte dürften nicht unter diesem Aspekt untersucht werden, und die Erhebungen dürften keinesfalls als

Grundlage für etwaige Zahlungen der Gebühr für außerplanmäßige Geburten benutzt werden. Betont wird zudem, dass die Daten der Erhebungen geheim seien und nicht publik gemacht werden dürften. (Vgl. RMRB, 26.9.00, S.5) Praktisch wird hier Datenschutz gefordert, doch ob dieser an der Basis immer beachtet wird, muss bezweifelt werden. -st-

24 Aktionswoche für die Allgemeinsprache

Zum dritten Male seit 1998 fand Mitte September wieder eine Aktionswoche zur Verbreitung der Allgemeinsprache in ganz China statt. In diesem Jahr liefen in allen größeren Städten Aktivitäten unter dem Motto „Mit Putonghua ins neue Jahrhundert“. Als Ziel wurde ausgegeben, dass bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts die Allgemeinsprache (*putonghua*) zur Standardsprache in ganz China geworden ist. Zu diesem Zweck wurden alle Hochschulen sowie Grund- und Mittelschulen, aber auch die Geschäftswelt aufgerufen, die Allgemeinsprache zu verwenden. (Vgl. XNA, 7.9.00) Insbesondere Kader und Personal im öffentlichen Dienst werden immer wieder angehalten, sich der Allgemeinsprache zu bedienen. Tatsächlich aber, so wird geklagt, würden überall nach wie vor Dialekte verwendet. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung unter öffentlichen Bediensteten auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene habe ergeben, dass in der Öffentlichkeit auffallend viel Dialekt gesprochen würde. Dabei sei es nicht etwa so, dass die Leute Putonghua nicht verstünden, vielmehr wollten sie Putonghua nicht sprechen. Wie bereits in den vergangenen Jahren, so wurden die öffentlichen Bediensteten wiederum ermahnt, Vorreiter für die Verwendung der Allgemeinsprache zu sein und sich außerdem für die Standardisierung von Sprache und Schrift einzusetzen. (Vgl. RMRB, 12.9.00, S.5)

Sprachentwicklung und Sprachgebrauch sollen demnächst gesetzlich geregelt werden. Ein entsprechendes Gesetz ist zur Zeit in Arbeit. In dem Gesetzentwurf wird gefordert, dass Putonghua in Rundfunk, Fernsehen, Film, öffentlichen Institutionen, auf Anzeigetafeln, bei Geschäftsnamen, auf Verpackungen und Gebrauchsan-

weisungen aller in China vermarkteten Waren zu verwenden sei. Viele Waren seien nicht in chinesischer Sprache gekennzeichnet, sondern nur auf Englisch, desgleichen seien viele Gebrauchsanweisungen in Englisch, so dass der Verbraucher sie nicht verstehen könne. Der Gebrauch von Fremdwörtern soll durch das Gesetz auch geregelt werden. (Vgl. XNA, 25.8.00) Gerade das zunehmende Einfließen von Fremdwörtern ins Chinesische ist vielen Chinesen ein Dorn im Auge. Sie fordern strikte Regeln mit dem Ziel der Eindämmung namentlich englischer Fremdwörter. Ob sich die Verwendung von Fremdwörtern wie überhaupt die Entwicklung der Sprache jedoch per Gesetz werden regeln lassen, erscheint zumindest problematisch. -st-

Außenwirtschaft

25 Wachsende Bedeutung der Unternehmen mit Auslandskapital in der chinesischen Wirtschaft

Einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hat sich die wirtschaftliche Bedeutung der Unternehmen mit Auslandskapital (UmA) in den letzten Jahren erheblich erhöht.

Im Jahre 1999 trugen diese Unternehmen beispielsweise mit 20,6% zur industriellen Wertschöpfung bei; die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung der UmA lag deutlich höher als die anderer Eigentumsformen.

Der Anteil der UmA an den gesamten Industrie- und Handelssteuern belief sich 1999 auf 16%; das Steueraufkommen dieser Unternehmen erhöhte sich um 33,8%.

Das Import- und Exportvolumen der UmA betrug 1999 bereits 174,5 Mrd. US\$ und machte damit 48,4% des gesamten Außenhandelsvolumens aus.

In den UmA waren rd. 20 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt; dies waren Ende 1999 rd. 10% der städtischen Arbeitskräfte.

Bis Juli 2000 wurden 353.700 UmA genehmigt; das vertraglich zugesagte Investitionsvolumen wird mit 641,7 Mrd. US\$ und das realisierte Investitionsvolumen wird mit 327,7 Mrd. US\$ angegeben. (XNA, 9.9.00)

In den ersten sieben Monaten d.J. wiesen die UmA nach Angaben der chinesischen Zollbehörde folgende Ergebnisse im Außenhandel auf:

- das gesamte Außenhandelsvolumen belief sich auf 126,9 Mrd. US\$, ein Anstieg um 37,4%;
- die Exporte der UmA betragen 63,3 Mrd. US\$ (+35,9%), und
- die Importe lagen bei 63,6 Mrd. US\$ (+38,9%);
- das Handelsvolumen der EJ-Joint-Venture erreichte ein Niveau von 57 Mrd. US\$, und
- ausländische Tochterunternehmen verzeichneten ein Außenhandelsvolumen von 59,7 Mrd. US\$. (XNA, 18.9.00)

Da die UmA eine Schlüsselrolle für die Entwicklung Chinas spielen, hat der anhaltende Rückgang der realisierten ausländischen Direktinvestitionen innerhalb der politischen Führung starke Besorgung hervorgerufen. -schü-

26 China hofft auf Zunahme der ADI nach WTO-Beitritt

Von Januar bis August d.J. hat die chinesische Regierung 13.787 Unternehmensprojekte mit ausländischem Kapital genehmigt, das war ein Anstieg um 27,8% gegenüber dem Vorjahr. Obwohl die zugesagten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) mit einer Zunahme um 31,3% (33,253 Mrd. US\$) in den ersten acht Monaten d.J. stark angestiegen sind, verzeichneten die realisierten Direktinvestitionen weiterhin eine negative Wachstumsrate. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum gingen die realisierten ADI um 7,9% zurück und erreichten ein Niveau von 22,793 Mrd. US\$. (XNA, 13.9.00)

Der hohe Anstieg der zugesagten Investitionen spiegelt die positive Erwartung der ausländischen Investoren